

Zukunftsfähige Demokratie braucht Medienbildung



Der wachsende Einfluss populistischer Strömungen und die Verbreitung von Desinformation zeigen: Demokratie ist gefährdet. Ohne umfassende Medienbildung droht eine Erosion der Grundlagen für demokratische Entscheidungsprozesse und ein Verlust gesellschaftlichen Zusammenhalts und Teilhabe. Die zentrifugalen Kräfte in den (sozialen) Medien verstärken die Polarisierung unserer Gesellschaft bereits heute in besorgniserregendem Maße.

In einer Zeit, in der künstliche Intelligenz unsere Lebenswelten verändert und zunehmend auch Berufsbilder und Arbeitswelten transformiert – mit sowohl positiven als auch negativen Folgen – ist Medienbildung heute mehr denn je ein unverzichtbarer Schlüssel für demokratische Teilhabe und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit.

Die kommende Bundesregierung muss Medienbildung daher als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** verstehen. Die Fähigkeit, Informationen kritisch zu analysieren, auch KI-generierte Inhalte einzuordnen, KI produktiv zu nutzen und an digitalen Diskursen kompetent teilzunehmen - ist keine Option, sondern demokratische Grundvoraussetzung. An solchen konkreten Beispielen kann ein Verständnis für aktuelle medientechnische und -kulturelle Entwicklungen sowie ihre Möglichkeiten und Konsequenzen gefördert werden. Denn ebenso wie wir in technische Infrastruktur investieren, müssen wir in Bildung investieren, um Zukunft zu gestalten sowie soziale Ungleichheit und digitale Spaltung zu verhindern.

Konkrete Maßnahmen:

1. **Umfassende nationale Strategie für Medienbildung:** In Deutschland fehlt eine strategische Vision, die Schulen, Lehrende und Lernende systematisch auf eine digital-medial und durch KI geprägte Zukunft vorbereitet. Trotz vorhandener KMK-Papiere mangelt es an konsequenter Umsetzung, ausreichender Finanzierung und einem koordinierten Zusammenspiel von Bund und Ländern. Wir fordern konkret die Einrichtung eines bundesweiten Finanzierungsfonds für Medienbildung, der durch einen verbindlichen Beschluss des Bundes abgesichert ist und die Länder zur Umsetzung in allen Bildungskontexten (formal und non-formal) verpflichtet. Neben KI müssen auch weitere medientechnische und -kulturelle Entwicklungen wie Desinformation,

Datafizierung und ökologische Fragen digitaler Medien forschungsbasiert in dieser Strategie adressiert werden.

2. **Digitale Öffentlichkeit stärken:** Für eine funktionierende Demokratie brauchen wir nicht nur technische Kompetenz, sondern vor allem reflektierte Mediennutzung und Medienkritikfähigkeit – gerade angesichts der Herausforderungen durch KI-generierte Desinformation. Konkret fordern wir die verbindliche Verankerung von Medienkritik in Bildungscurricula aller Altersstufen sowie die Förderung öffentlicher Diskursräume, in denen kritische Medienkompetenzen praktisch erprobt werden können.
3. **Lebenslanges Lernen fördern:** Medienbildung muss über Schulen hinaus in allen Bildungsbereichen verankert werden. Wir fordern den Ausbau regionaler Medienkompetenzzentren, die über bloße Technikausleihe hinausgehen und als Anlaufstellen für Bildungsangebote dienen – von der frühen Bildung über die außerschulische und berufliche Bildung für Arbeitnehmer in sich wandelnden Berufsfeldern bis zu niedrigschwelligen Angeboten für digitale Teilhabe aller Generationen.
4. **Nachhaltige Strukturen schaffen:** Eine langfristige Medienbildungsstrategie muss Forschung und Praxis verbinden und über kurzfristige Projektförderungen hinausgehen – mit gesicherter Finanzierung, die der gesellschaftlichen Bedeutung entspricht.

Medienbildung darf keine Randnotiz sein, sondern ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie und wirtschaftliche Chancengleichheit. Sie muss entsprechende Priorität in den Koalitionsverhandlungen und auch entsprechende Ressourcen in Forschung und Praxis in der kommenden Legislatur erhalten.

Diese Forderungen werden als Träger der Initiative Keine Bildung ohne Medien (KBoM!) auch durch die Sektion Medienpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), die Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM), die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) sowie das JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis unterstützt.



Keine Bildung
ohne Medien!



Die Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ setzt sich dafür ein, allen Mitgliedern der Gesellschaft eine grundlegende Medienbildung zu ermöglichen. Die Initiative geht auf das Medienpädagogische Manifest zurück, das 2009 von zentralen medienpädagogischen Einrichtungen in Deutschland veröffentlicht wurde. Das Bündnis versteht sich als Impulsgeber für bildungs- und professionspolitische Aktivitäten zur Förderung eines kreativen, selbstbestimmten, kritischen und sozial verantwortlichen Umgangs mit Medien. Gleichzeitig ist die Initiative ein Netzwerk, das engagierte Einzelpersonen und Einrichtungen im Feld der Medienbildung zusammenführt.